

## **Öffentlichkeit kann sich noch bis zum 19. Juli an zwei Bebauungsplanverfahren beteiligen**

Der Ausschuss für Stadtplanung und Mobilität hat in seiner Sitzung am 28. Mai die Entwürfe für zwei Bebauungspläne im Stadtgebiet sowie deren Veröffentlichung zur Beteiligung der Öffentlichkeit beschlossen. Zum einen geht es um den Bebauungsplan Friedrich-Ebert-Straße / Dürerstraße (Nr. 666.01) und zum anderen um die 1. Änderung des Bebauungsplans Leimkuhl (Nr. 518). Interessierte Personen können sich noch bis einschließlich Freitag, 19. Juli, online unter <https://www.velbert.de/rathaus-politik/stadtentwicklung-und-bauen/stadtplanung/aktuelle-beteiligungsverfahren> und im Rathaus in Velbert-Mitte (Gebäude Thomasstr. 7, Etage 0, Abteilung 3.1 Bauleitplanung und Denkmalschutz) über die beiden Planungen informieren und Stellungnahmen abgeben. Eine Beteiligung ist zudem postalisch, per E-Mail und per Fax möglich.

- Postanschrift: Stadt Velbert, Abteilung 3.1 Bauleitplanung und Denkmalschutz, Thomasstraße 1, 42511 Velbert
- E-Mail: [bauleitplanung@velbert.de](mailto:bauleitplanung@velbert.de)
- Fax: 02051/26-2742.

### **Anlass für die beiden Bebauungspläne**

Anlass für die Aufstellung des Bebauungsplans Friedrich-Ebert-Straße / Dürerstraße ist die Absicht, die Flächen des AOK-Verwaltungsstandort zwischen der Friedrich-Ebert-Straße und der Dürerstraße vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage nach Wohnraum in Velbert städtebaulich neu zu ordnen. So soll das bislang gewerblich genutzte Areal künftig für Mehrfamilienhäuser teilweise im geförderten Wohnungsbau genutzt werden. Im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf wurde das dem Bebauungsplan zugrunde liegende Bebauungskonzept deutlich überarbeitet und rückt stärker von der Nachbarbebauung ab. Auch der Anteil der Freiflächen im Gebiet wurde nochmal erhöht.

Mit der 1. Änderung des Bebauungsplans Leimkuhl wird eine Steuerung von Einzelhandelsbetrieben sowie von Vergnügungsstätten vorgesehen. Ziel ist es, die

Flächen im Geltungsbereich insbesondere für Ansiedlung und Erweiterungen von produzierendem Gewerbe sowie für Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe zu sichern. Zudem soll das Nahversorgungszentrum Tönisheide gesichert werden.